

## **Positionen der CDU Rheinland-Pfalz zu den Forderungen der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in RLP (AGARP), des Flüchtlingsrats Rheinland-Pfalz e.V. und des Initiativausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2026**

*Handlungsfeld „Förderung von Demokratie und demokratischer Zivilgesellschaft“*

**Im bevorstehenden Wahlkampf und in der neuen Legislaturperiode erwarten wir von den demokratischen Parteien in Rheinland-Pfalz und ihren Vertreter\*innen, dass sie**

- sich klar zu den Grund- und Menschenrechten sowie zur gesellschaftlichen Vielfalt in Rheinland-Pfalz bekennen;**
- in der politischen Auseinandersetzung über die Ausgestaltung einer offenen und pluralen Gesellschaft auf rassistische oder diskriminierende Zuschreibungen verzichten, keine Vorurteile gegenüber benachteiligten Personengruppen schüren sowie evidenzbasiert und auf der Grundlage von Fakten argumentieren;**
- zivilgesellschaftliche Initiativen für Demokratie und Menschenrechte gegen Unterstellungen, Kriminalisierungsversuche und sonstige Angriffe von Menschen- und Demokratiefeinden verteidigen und deren Arbeit dauerhaft, verlässlich und auskömmlich fördern und unterstützen.**

Ein fairer und vorurteilsfreier Umgang in der politischen Auseinandersetzung, der sich am Wertekanon des Grundgesetzes ausrichtet, stellt für uns als CDU Rheinland-Pfalz eine Selbstverständlichkeit dar. Auch im Wahlkampf werden wir uns an dieser Leitlinie orientieren.

## Handlungsfeld „Asylpolitik“

**Das Regierungsprogramm der nächsten Legislaturperiode muss ein ausdrückliches Bekenntnis zum Grundrecht auf Asyl und zum Menschenrecht auf ein faires und individuelles Asylverfahren sowie eine klare Bereitschaftserklärung beinhalten, diese Rechte gegen alle Angriffe aus dem politischen und gesellschaftlichen Raum zu verteidigen.**

Aus gutem Grund haben die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes mit Art. 16 Abs. 2 S. 2 eine beispielgebende Regelung geschaffen, die Opfern staatlicher Verfolgung ein Recht auf Asyl einräumt. Der Gesetzgeber hat die entsprechende Formulierung im Jahr 2000 bei der Neufassung des grundgesetzlich verbrieften Asylrechts in den neuen Art 16 a Abs. 1 GG überführt. Dem verfassungsrechtlich garantierten Recht auf Asyl liegt der Gedanke zugrunde, dass es für humanitäre Gesellschaften eine Selbstverständlichkeit sein muss, bedrohten Menschen zu helfen – dazu bekennen wir uns als CDU Rheinland-Pfalz.

### **In der nächsten Legislaturperiode muss**

- **gut integrierten und besonders vulnerablen ausreisepflichtigen Personen in Rheinland-Pfalz - wo immer möglich - ein Weg ins Bleiberecht eröffnet und die Beratung und Begleitung hierfür in Frage kommender Personen dauerhaft gewährleistet und auskömmlich finanziert werden;**
- **seitens des Landes das Prinzip „Aufenthaltsverfestigung vor (geförderter) ‚freiwilliger‘ Ausreise vor Abschiebung“ im Umgang mit ausreisepflichtigen Personen gegenüber den Ausländerbehörden in Rheinland-Pfalz klar kommuniziert und verbindlich eingefordert werden;**
- **vollziehbar ausreisepflichtigen Personen vor der Einleitung aufenthaltsbeendender Maßnahmen eine unabhängige und ergebnisoffene Beratung über Möglichkeiten der (geförderten) „freiwilligen“ Ausreise angeboten werden;**
- **das Kindeswohl im Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Personen und Familien mit minderjährigen Kindern umfassend handlungsleitend sein. Sofern die Durchsetzung einer Ausreisepflicht das Kindeswohl gefährden würde, muss hierauf mindestens bis zur Volljährigkeit (bei Familien mit minderjährigen Kindern des jüngsten Familienmitglieds) verzichtet werden.**

**In der nächsten Legislaturperiode muss ausreisepflichtigen Personen von den zuständigen Ausländerbehörden regelmäßig eine Duldung erteilt werden, wenn der Zeitpunkt einer bevorstehenden Abschiebung nicht konkret benannt werden kann.**

Die CDU Rheinland-Pfalz steht zum grundgesetzlichen Schutzversprechen für Verfolgte. Dauerhaft werden wir diesem aber nur gerecht werden können, wenn es gelingt, die hierfür notwendige gesellschaftliche Akzeptanz zu erhalten. Das setzt voraus, dass Migration kontrolliert und geordnet verläuft und Ausreisepflichten für diejenigen, die keinen Anspruch auf Schutz haben, durchgesetzt werden.

Befristete Bleiberechte können daher nur in engen Grenzen und nur unter strengen Bedingungen greifen. In Härtefällen bleiben Einzelfallentscheidungen für vulnerable Personen möglich. Grundsätzlich muss ein befristetes Aufenthaltstitel-Bleiberecht an Voraussetzungen geknüpft werden: Gute Integration, ausreichende Deutschkenntnisse, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von mindestens 12 Monaten, ununterbrochener Aufenthalt von mindestens 4 Jahren, keine Straffälligkeit und geklärte Identität.

#### **In der nächsten Legislaturperiode**

- **muss der Einsatz der Bezahlkarte für Geflüchtete in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes beendet werden;**
- **müssen rheinland-pfälzische Kommunen, die auf den Einsatz der Bezahlkarte für Geflüchtete verzichten wollen, landesseitig unterstützt werden;**
- **muss sichergestellt werden, dass alle ausreisepflichtigen Personen in Rheinland-Pfalz bis zu ihrer Ausreise oder Abschiebung ein menschenwürdiges Existenzminimum erhalten;**
- **müssen alle in Rheinland-Pfalz dem Asylbewerberleistungsgesetz unterworfenen Personen eine elektronische Gesundheitskarte erhalten.**

Die Auszahlung von Bargeld an Leistungsbezieher nach dem Asylbewerberleistungsgesetz stellt einen erheblichen Zuzugsanreiz dar, zumal die in Deutschland gewährten Sozialleistungen über dem europäischen Durchschnitt liegen. Nicht zuletzt ermöglicht die Auszahlung von Bargeld Flüchtlingen die Rückzahlung etwaiger Kredite bei Schleusern oder auch den Transfer von deutschen Sozialhilfemitteln in ihre Herkunftsstaaten. Die CDU hat sich daher im Einklang mit dem Beschluss der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz am 6. November 2023 für die flächendeckende Einführung einer Bezahlkarte für Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auch in Rheinland-Pfalz eingesetzt und befürwortet und unterstützt diese weiterhin. Die

Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte liegt im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung in der Zuständigkeit der Kommunen und kann durch die Landespolitik unterstützt werden.

#### **In der nächsten Legislaturperiode muss**

- **besonders vulnerablen Schutzsuchenden durch Landesaufnahmeprogramme nach § 23 Absatz 1 AufenthG in Landesverantwortung ein sicherer und legaler Zugangsweg nach Rheinland-Pfalz eröffnet werden;**
- **Änderungen des Asyl- und Aufenthaltsrechts im Bundesrat die Zustimmung verweigert werden, wenn hierdurch die Rechtsposition von Schutzsuchenden weiter geschwächt würde;**
- **darauf verzichtet werden, zur „Durchführung von Verfahren bei Sekundärmigration“ eine landeseigene Unterbringungsstruktur oder insolite Abteilungen in bestehenden Aufnahmeeinrichtungen einzurichten.**

Für humanitäre Gesellschaften ist es eine Selbstverständlichkeit, bedrohten Menschen zu helfen. Es geht um Menschen, die ihre Heimat aufgrund politischer Verfolgung oder etwa Kriegshandlungen verlassen und ihr Hab und Gut zurücklassen müssen, die von Familienmitgliedern und Freunden getrennt werden, die um ihr Leib und Leben fürchten müssen und auf der Flucht in ein anderes, ihnen fremdes Land sind. Deutschland und Rheinland-Pfalz haben über Jahrzehnte unter Beweis gestellt, dass sie diese Verpflichtung ernst nehmen. Millionen Menschen haben hier Zuflucht und Hilfe gefunden. Das hat zu einer Überforderung von Kommunen und Gesellschaft geführt. Eine Aufnahmepraxis von Flüchtlingen, die die schwindenden sächlichen, personellen und finanziellen Kapazitäten der Kommunen hinreichend berücksichtigt, ist daher dringend geboten. Ohne ein solches geordnetes Vorgehen belasten wir die Leistungsfähigkeit der Kommunen und auf absehbare Zeit den sozialen Frieden in unserem Land und gefährden damit auch die Grundsätze der Humanität, die es zu schützen gilt. Wir sehen die Begründung neuer Landesaufnahmeprogramme daher gegenwärtig als problematisch an und lehnen diese ab. Eine pauschale Absage an einschlägige Rechtsänderungen im Bundesrat wäre im Übrigen nicht zielführend.

## Handlungsfeld „Unterstützung der Kommunen im Bereich der Integration“

**In der nächsten Legislaturperiode muss die Integration von Menschen mit einer Flucht- bzw. Migrationsbiografie zu einer kommunalen Pflichtaufgabe werden, an deren Erfüllung sich das Land finanziell umfassend beteiligt.**

Voraussetzung für Integration sind nicht nur Integrationsbereitschaft und entsprechende Angebote – als Grundlage braucht es insbesondere auch eine kommunale Finanzausstattung, die erfolgreiche Integrationsarbeit erst möglich macht. Zielsetzung muss daher nicht die Formulierung weiterer Pflichtaufgaben, sondern zuvorderst die Gewährleistung einer auskömmlichen kommunalen Finanzausstattung sein. Integration sehen wir als gemeinsame Aufgabe von Bund, Land und Kommunen.

### **In der nächsten Legislaturperiode**

- **muss eine landesweite „Zentralstelle zur Verbesserung von Aufenthalts- und Bleibeperspektiven“ eingerichtet werden;**
- **müssen die Kommunen bei der Einrichtung neuer Personalstellen in den Ausländer- und Einbürgerungsbehörden vom Land finanziell unterstützt werden.**

Einer Überprüfung und Verbesserung einschlägiger Strukturen steht die CDU Rheinland-Pfalz offen gegenüber. Das gilt insbesondere für die Schaffung einer zentralen Ausländerbehörde zur Entlastung der Kommunen, die wir bereits mehrfach im Parlament gefordert haben. Bei dieser Behörde sollen alle ausländerrechtlichen Verfahren gebündelt sowie Abschiebungen koordiniert und beschleunigt werden – das vereinfacht Abläufe und entlastet Kommunen.

Ein großes Problem stellt für die Kommunen in diesem Bereich in der Tat der Personalmangel dar. Die Mitfinanzierung notwendiger Stellen durch das Land zählt daher zu den Forderungen der CDU.

### **In der nächsten Legislaturperiode müssen**

- **die Migrationsfachdienste (MFD) in den rheinland-pfälzischen Landkreisen und kreisfreien Städten vom Land dauerhaft und auskömmlich finanziert werden;**

- **die Angebote der Psychosozialen Zentren in Rheinland-Pfalz erhalten und bedarfsorientiert ausgeweitet werden. Hierzu sind - sofern Bundesmittel gekürzt werden - zusätzliche Landesmittel bereitzustellen.**

Sowohl die Migrationsfachdienste als auch die Psychosozialen Zentren in Rheinland-Pfalz leisten wichtige Arbeit. Nicht zuletzt stellen traumatische Erfahrungen für aus Kriegsgebieten geflüchtete Menschen eine erhebliche Belastung dar, die Hilfen erfordert. Ausstattung und Finanzierung der MFD und PSZ werden im Rahmen der Aufstellung und Beratung des Landes-haushalts überprüft.

**Das Regierungsprogramm für die nächste Legislaturperiode muss deshalb ein ausdrückliches Bekenntnis zu den kommunalen Integrationsbeauftragten und den kommunalen Beiräten für Migration und Integration beinhalten.**

Für die CDU steht außer Frage: Wer in Deutschland lebt, ist Teil unserer Gesellschaft. Uns ist wichtig, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in allen Bereichen teilhaben können. Ihre Integration bildet auch die Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Integration besteht für uns aus Fördern und Fordern. Dabei spielt die kommunale Ebene eine besondere Rolle, denn Integration geschieht vor Ort. Die kommunalen Integrationsbeauftragten und die kommunalen Beiräte für Migration und Integration leisten dabei einen wichtigen Beitrag.

**In der nächsten Legislaturperiode muss deshalb sichergestellt werden, dass**

- **die im Rahmen der „Kooperationsstrategie ‚Kommunen und Land gemeinsam für Integration‘“ vom Land bereitgestellten Finanzmittel in den Kommunen zweckgebunden und zusätzlich zur Integrationsförderung vor Ort eingesetzt werden;**
- **die im Rahmen der „Kooperationsstrategie ‚Kommunen und Land gemeinsam für Integration‘“ in den Kommunen angesiedelten Integrationsmanager\*innen nicht nur anteilig, sondern vollständig aus Landesmitteln finanziert werden;**
- **kommunale Integrationsmaßnahmen, die im Rahmen der „Kooperationsstrategie ‚Kommunen und Land gemeinsam für Integration‘“ realisiert werden, sich in die bestehenden zivilgesellschaftlichen Angebote einfügen und diese nicht verdrängen;**
- **die Expertise der kommunalen Integrationsbeauftragten, der kommunalen Beiräte für Migration und Integration und der Zivilgesellschaft bei der Ausgestaltung und Weiterentwicklung der „Kooperationsstrategie**

**„Kommunen und Land gemeinsam für Integration“ gehört und berücksichtigt wird.**

Die Kommunen können die mit der Integrationsarbeit verbundenen komplexen Herausforderungen nicht allein bewältigen. Unverzichtbar ist insbesondere eine verlässliche finanzielle Unterstützung durch das Land. Die gängige Praxis, dass Kommunen zusätzliche Aufgaben ohne dauerhaft gesicherte Finanzierung durch das Land übernehmen müssen, führt zu einer Überforderung. Notwendig sind klare Zuständigkeiten zwischen Land und Kommunen, Umsetzung von Integration nach dem Prinzip Fördern und Fordern sowie eine Konzentration auf Spracherwerb, Bildung und Arbeitsmarktintegration.

## Handlungsfelder „Antirassismus und Antidiskriminierung“

**In der nächsten Legislaturperiode - sofern das nicht noch in dieser Legislaturperiode geschieht - muss**

- ein Landesantidiskriminierungsgesetz verabschiedet werden, das in den Handlungsfeldern in der Zuständigkeit des Landes wirkungsvoll vor Diskriminierung schützt;
- der „Rasse“-Begriff in der rheinland-pfälzischen Landesverfassung durch eine Formulierung ersetzt werden, ohne die staatliche Schutzverpflichtung gegenüber rassistischer Benachteiligung und Diskriminierung zu beeinträchtigen.

**In der nächsten Legislaturperiode muss im Dialog mit der Zivilgesellschaft eine merkmalsübergreifende „Strategie 2030: Diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“ erarbeitet werden, die bereits bestehende Strategien und Maßnahmen zur Förderung und zum Schutz einzelner von Diskriminierung betroffener Personengruppen berücksichtigt, einbindet und ergänzt.**

Wir setzen uns für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft ein. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) schützt bundesweit vor Benachteiligungen und Diskriminierungen aus Gründen der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion bzw. der Weltanschauung, des Alters, des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung. Das halten wir für richtig. Dank des AGG wurden und werden Diskriminierungen erfolgreich beseitigt und verringert. Auch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes und die im Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration angesiedelte Landesantidiskriminierungsstelle leisten dazu einen wichtigen Beitrag. Der Entwurf eines Landesantidiskriminierungsgesetzes befindet sich gerade in der parlamentarischen Beratung.

Was den „Rasse“-Begriff in der Landesverfassung anbelangt, sehen wir als Voraussetzung für eine Verfassungsänderung eine sorgfältige, fundierte, fachlich vorbereitete und begleitete Diskussion an. Es bedarf der Anhörung von Experten und der juristischen Prüfung möglicher Alternativen. Verfassungsänderungen müssen nachhaltig und gut begründet sein und dürfen nicht übereilt beschlossen werden.



## Handlungsfeld „Politische Partizipation“

**In der nächsten Legislaturperiode muss Rheinland-Pfalz das kommunale Wahlrecht für rechtmäßig und dauerhaft in rheinland-pfälzischen Städten und Gemeinden lebende Drittstaatsangehörige einführen.**

Für uns als CDU Rheinland-Pfalz gehören Wahlrecht und Staatsbürgerschaft zusammen. Nach dem Grundgesetz ist das Wahlrecht an die deutsche Staatsangehörigkeit geknüpft und steht am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses. Wer politische Mitbestimmung ausüben möchte, muss den Weg über die Einbürgerung gehen. Diese ist Ausdruck einer dauerhaften Zugehörigkeit zum Staat, zu unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung und zu unseren gemeinsamen Regeln und Werten. Das kommunale Wahlrecht von EU-Bürgern stellt dabei eine Ausnahme dar, da es auf einem gemeinsamen Rechtsrahmen und geteilten Regeln und Werten innerhalb der EU beruht, der mit Drittstaaten in dieser Form nicht gegeben ist.